



Neue Wertschöpfung

Wohlstand, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit erfordern einen handlungsfähigen Staat. Für politische Gestaltung braucht der Staat ausreichende und verlässliche Einnahmen. Die SPD-Bundestagsfraktion steht für stabile Finanzen und einen handlungsfähigen Staat. Die vorhandenen Mittel investieren wir verstärkt in Zukunftsbereiche wie Bildung, Forschung, Kinderbetreuung, Infrastruktur und Klimaschutz.

Die SPD-Bundestagsfraktion sorgt mit einer sozial ausgewogenen Finanzpolitik dafür, dass mehr Steuergerechtigkeit erreicht wird. Bonusexzesse oben und Armutslöhne unten bedrohen das wirtschaftliche und soziale Gefüge unseres Landes.

Wir stehen wegen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise weiterhin vor gewaltigen Aufgaben. Das unverantwortliche und zum Teil skrupellose Handeln an den internationalen Finanzmärkten hat die Welt in eine schwere Krise gestoßen. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf der ganzen Welt und unzählige Unternehmen müssen jetzt ausbaden, was andere bei ihrer bedenkenlosen Renditejagd hinterlassen haben. Die Aufgabe der Politik ist es, die Folgen zu bewältigen und eine Wiederholung dieser Krise auszuschließen. Mit dem von Peer Steinbrück maßgeblich entwickelten Rettungsschirm für den Finanzmarkt haben wir die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft gesichert und den Kollaps verhindert. Frank-Walter Steinmeier hat gleichzeitig die Initiative für einen Schutzschirm für die Arbeitsplätze ergriffen.

In der Krise hat sich wieder klar gezeigt: die SPD übernimmt Verantwortung und handelt. Alle Konzepte gegen die Krise stammen aus der Werkstatt der SPD. Der Koalitionspartner hat gezögert, gezaudert, blockiert. Er will die Krise aussitzen und zu der Ideologie zurückkehren, die uns in diese Krise geführt hat. Das kann aber nicht die Antwort auf die Krise sein. Die Gier auf den Finanzmärkten muss gestoppt werden. Wir haben im nationalen Rahmen erste Regeln durchgesetzt und erreichen nun auch – nach vielen Jahren der Anstrengungen sozialdemokratischer Finanzminister – Fortschritte im internationalen Rahmen.

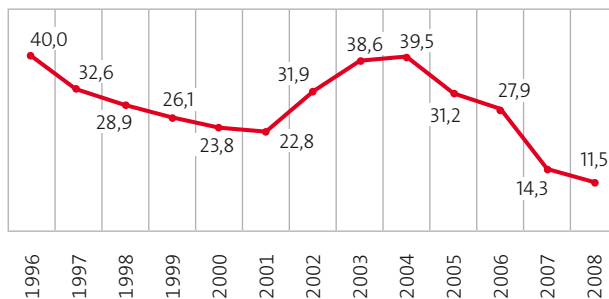
Wir brauchen einen solidarischen Lastenausgleich, der die für die Krise Verantwortlichen und die Vermögenden an der finanziellen Bewältigung der Lasten beteiligt. Im Zusammenhang mit dem zweiten Konjunkturpaket haben wir vorgeschlagen, den Spitzensteuersatz anzuheben. Das hätte nur Menschen betroffen, die auch in Zeiten der Rezession noch viel Geld verdienen. Diese zusätzlichen Einnahmen sollten in den Bildungsbereich fließen. Wir finden, dass die obersten Einkommensgruppen einen Beitrag zu der gesellschaftlich herausragenden Aufgabe der Bildung leisten könnten. Die Union hat dies allerdings abgelehnt. Die Union stellt die Topverdiener lieber unter „Artenschutz“, statt ihnen Solidarität abzuverlangen.

Handeln in der Krise

- **Sicherheit schaffen.** Die Bundesregierung hat auf unsere Initiative hin die privaten Spareinlagen garantiert. Niemand muss sich Sorgen um seine Sparguthaben machen.
- **Impulse setzen.** Mit den beiden Konjunkturprogrammen in Höhe von mehr als 80 Milliarden Euro geben wir kräftige Impulse für das Wachstum, die vor allem in den Kommunen ankommen und Jobs bei kleinen und mittleren Unternehmen sichern. Außerdem haben wir im Rahmen der Konjunkturprogramme Entlastungen, Steuer- und Abgabensenkungen (Kindergelderhöhung, Kinderbonus, Wohngelderhöhung, Senkung des Grundfreibetrags usw.) für Bürger, insbesondere mit kleinen und mittleren Einkommen, durchgesetzt.
- **Arbeit sichern.** Die Verlängerung des Kurzarbeitergelds hat hunderttausende Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Wir fördern die Qualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Qualifizieren statt entlassen – das ist unser Prinzip.
- **Arbeitslose unterstützen.** Wir kümmern uns um diejenigen, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Wir wollen, dass sie so schnell wie möglich wieder in Arbeit kommen. Wir brauchen deshalb mehr Vermittler bei den Arbeitsagenturen und Jobcentern – und bessere Vermittlung. Qualifizierungsmöglichkeiten für Arbeitsuchende müssen zügig und zielgenau eingesetzt werden.
- **Steuerparasiten bekämpfen.** Wir haben frühzeitig umfassende, konkrete und realitätstaugliche Strategien entwickelt. Mit einem Gesetz gegen Steuerhinterziehung haben wir die Ermittlungsmöglichkeiten von Behörden bei Geschäftsbeziehungen von Steuerpflichtigen in nicht kooperativen Staaten verbessert.
- **Managergehälter geregelt.** Die Regelung zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung setzt in erster Linie auf Anreize für die Unternehmensführung, sich an Nachhaltigkeit und Langfristigkeit auszurichten. Erfolgsprämien dürfen demnach nur dann gezahlt werden, wenn wirklich auch ein nachhaltiger Unternehmenserfolg erzielt wird. Auch hier waren die Verhandlungen mit dem Koalitionspartner langwierig und schwierig. Wir hätten uns mehr vorstellen können und werden uns auch in Zukunft weiterhin für zusätzliche Maßnahmen einsetzen.

Entwicklung der Nettokreditaufnahme

Angaben in Milliarden Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Ein handlungsfähiger und sozialer Staat

Wir haben in den letzten Jahren mit unserer Haushalts- und Finanzpolitik nicht nur erfolgreich konsolidiert, sondern auch verstärkt in Zukunftsprojekte und verbesserte wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen investiert. Genannt seien nur die seit Jahren steigenden Bundesausgaben für Forschung und Entwicklung, für Infrastruktur und in den ökologischen Umbau. Erst durch die Haushaltskonsolidierungserfolge der letzten Jahre – die Nettokreditaufnahme des Bundes für den Haushalt 2008 ist die niedrigste seit der Wiedervereinigung – hat der Bund den Spielraum geschaffen, jetzt aktiv auf die krisenhafte ökonomische

Entwicklung zu reagieren. In langen Verhandlungen konnten wir wichtige sozialdemokratische Positionen zur neu geschaffenen Schuldengrenze im Grundgesetz einbringen. Die neue Schuldengrenze soll helfen, dass die Schulden, die jetzt zur Konjunkturstabilisierung notwendig sind, in guten Zeiten auch konsequent zurückgefahren werden.

Schwarz/Gelb wollte anstelle einer Schuldengrenze ein Schuldenverbot. Gleichzeitig will Schwarz/Gelb die Steuern auf breiter Front senken. Das passt nicht zusammen. Wer angesichts der schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte Steuersenkungen in einer Größenordnung von 30 Milliarden Euro fordert, schwächt den Staat entscheidend. Geld, das für weitreichende Steuersenkungen ausgegeben wird, steht nicht mehr für Familien, Bildung, Infrastruktur und Sicherheit zur Verfügung.

Unser Ziel: Weil wir Sozialdemokraten nicht nur heute, sondern auch morgen einen handlungs- und finanzierungsfähigen Staat wollen, der Gestaltungsspielräume sichert und erschließt und gleichzei-

tig die Verantwortung für zukünftige Generationen im Blick hat, wissen wir: Mit Überwindung der aktuellen Krisensituation muss weiter an der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gearbeitet werden. Nur dann kann in den nächsten Jahren das finanziert werden, was zur sozialen Sicherung, zur Wiedererlangung eines hohen wirtschaftlichen Wachstums und zur Sicherung und Verbesserung der natürlichen Grundlagen allen Lebens zwingend erforderlich ist. Der ausgeglichene Haushalt bleibt unser Ziel.

Steuerentlastung

Wir haben dafür gesorgt, dass insbesondere die kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden. Der Eingangssteuersatz ist von 15 auf 14 Prozent gesenkt worden. Gleichzeitig haben wir zum 1.1.2010 den Grundfreibetrag von 7.664 Euro auf 8.004 Euro erhöht. Zum 1.1.2010 wird der Steuerabzug von Vorsorgeaufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung deutlich verbessert. Die Bürgerinnen und Bürger werden dadurch um rd. 9,5 Milliarden Euro entlastet. Um private Haushalte zu entlasten und Schwarzarbeit zu bekämpfen, haben wir die Absetzbarkeit von Handwerksleistungen bei Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen ausgeweitet. Der Steuerbonus ist auf bis zu 1.200 Euro pro Jahr verdoppelt worden. Wir haben die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten und haushaltsnahen Dienstleistungen vereinfacht und spürbar verbessert. Die Förderung beträgt bis zu 4.000 Euro pro Jahr. Familien werden so nicht nur finanziell entlastet, sondern es werden günstigere Rahmenbedingungen zur weiteren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf geschaffen.

Schwarz-Gelb hat aus der Krise nichts gelernt und zieht, trotz der hohen Belastungen der öffentlichen Haushalte, mit nahezu identischen Steuervorschlägen wie 2005 in den Wahlkampf. Die Marktradikalen und Konservativen möchten in einer Steuerreform auch Spitzenverdiener entlasten. Eine solche Steuerentlastung von rd. 30 Milliarden Euro ist in dieser wirtschaftlichen Situation schlichtweg nicht zu finanzieren.

Unser Ziel: Wir wollen vor allem die kleinen und mittleren Einkommen bei der Steuer entlasten. Deshalb werden wir den Eingangssteuersatz deutlich senken – von 14 Prozent auf 10 Prozent. Mit einem Steuerbonus von 300 Euro für Ledige bzw. 600 Euro für Verheiratete wollen wir all diejenigen entlasten, die bisher keine Steuererklärung abgegeben haben, oder deren Erstattung bisher geringer ausgefallen ist. Den Kinderfreibetrag von derzeit 3.864 Euro werden wir um weitere 200 Euro je Kind schon zum 1.1. 2010 erhöhen. Wir gestalten den Familienleistungsausgleich so um, dass die Wirkung für alle Familien gleich ist. Dazu streben wir die Umgestaltung der Kinderfreibeträge in einen Kindergrundfreibetrag an.

Steuergerechtigkeit

Leistungsgerechtigkeit fordert eine höhere Besteuerung großer Einkommen und hoher Vermögen. Deshalb haben wir die Reichensteuer eingeführt, damit sich Spitzenverdiener wieder stärker an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen. Für große Einkommen, ab einem Jahresbrutto von 250.000 Euro für Ledige und 500.000 Euro für Verheiratete, haben wir den Spitzensteuersatz von 42 Prozent auf 45 Prozent erhöht. Wir haben in der Koalition dafür gesorgt, dass die Erbschaftsteuer erhalten bleibt. Mit einem jährlichen Aufkommen von rd. 4 Milliarden Euro können die Länder auch in Zukunft mehr in Bildung investieren. Erben sehr hoher Vermögen müssen nun einen höheren Beitrag zum Steuerertrag leisten. Wir machen ernst beim Abbau von ungerechtfertigten Steuervergünstigungen. So haben wir beispielsweise die Attraktivität von Steuerstundungsmodellen durch eine sogenannte Verlustbeschränkung wirkungsvoll eingeschränkt. Anleger können Verluste nur noch mit Einkünften aus derselben Einkunftsquelle verrechnen.

Schwarz/Gelb lehnt eine Börsenumsatz- und Reichensteuer ab. Sie stellen Spitzenverdiener lieber unter Artenschutz statt ihnen Solidarität abzuverlangen. Sie wollen sogar noch die Steuern auf breiter Front senken, also auch die Reichen und Vermögenden in Deutschland entlasten.

Unser Ziel: Wir wollen, dass starke Schultern mehr tragen als schwache. Deshalb wollen wir die Anhebung des Spitzensteuersatzes als „Bildungssoli“; den Spitzensteuersatz von 45 Prozent auf 47 Prozent anheben und ihn zukünftig ab einem zu versteuernden Einkommen von 125.000 Euro (Verheiratete 250.000 Euro) geltend machen; eine Börsenumsatzsteuer einführen; Steuerhinterziehung national und international wirkungsvoll bekämpfen und Steuerschlupflöcher schließen.

Finanzmarktregulierung

Mit einem einmaligen Hilfspaket aus umfangreichen staatlichen Garantien, Kapitalhilfen, Teilverstaatlichungen von Banken und der möglichen Absicherung problematischer Bankenpapiere führen wir die Finanzwirtschaft in Deutschland durch die Krise. Das Krisenmanagement hatte absolute Priorität. Jetzt kommt es aber immer stärker darauf an, die Strukturen der Finanzmärkte und die Rahmenbedingungen so zu verändern, dass sich eine Finanzkrise wie die derzeitige nicht mehr wiederholt. Wir haben frühzeitig die notwendigen Lehren aus der aktuellen Krise gezogen und haben als erste große politische Kraft in Deutschland umfassende, konkrete und realitätstaugliche Strategien entwickelt.



Schwarz/Gelb waren immer für die weitestgehende „Freiheit der Märkte“ – das galt auch gerade für die Finanzmärkte. CDU/CSU haben lange das Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz blockiert, obwohl dieses Gesetz ein erheblicher Schritt nach vorn im Kampf auch gegen Steueroasen ist. Wenn nicht blockiert wird, dann wird verzögert oder verwässert. Auch daran merkt man: Für Schwarz-Gelb handelt es sich bei der gegenwärtigen Finanzkrise lediglich um einen Betriebsunfall.

Unser Ziel: Damit die Finanzmärkte auf Dauer stabil und funktionsfähig bleiben, brauchen wir eine stärkere und bessere Regulierung. Wir brauchen auf nationaler, auf europäischer Ebene und auch darüber hinaus neue Spielregeln für die Finanzmärkte. Wir haben dafür die richtigen Konzepte entwickelt, die an den entscheidenden Hebeln ansetzen: Alle Finanzprodukte, alle Märkte, alle Akteure – auch Hedge Fonds und Ratingagenturen – müssen reguliert werden; es darf keine Schattenfinanzmärkte mehr geben. Die grenzüberschreitende Aufsicht muss dringend verbessert werden. Steueroasen als Zufluchtspunkte aller möglichen schädlichen internationalen Finanzoperationen müssen ausgetrocknet werden. Wir wollen das bewährte dreigliedrige deutsche Bankensystem mit Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken erhalten.

Starke Kommunen

Im Rahmen der Unternehmensteuerreform ist es uns gelungen, die Gewerbesteuer zu erhalten und sogar noch weiter zu entwickeln. Das war keinesfalls selbstverständlich, weil vor der Bundestagswahl CDU/CSU und FDP die Gewerbesteuer abschaffen wollten. Kernpunkt unseres 2. Konjunkturpaketes ist ein kommunales Investitionsprogramm. Von den 13,3 Milliarden Euro erhalten die Kommunen mindestens 70 Prozent über die Länder; gerade auch finanzschwache Kommunen sollen davon profitieren. 65 Prozent der gesamten Mittel stehen für Bildungsinvestitionen insbesondere in Kitas und Schulen zur Verfügung, 35 Prozent gehen in die sonstige Infrastruktur. Mit der finanziellen Beteiligung des Bundes wird der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter 3 Jahren durch die Kommunen erheblich erleichtert.

Schwarz/Gelb will die Gewerbesteuer abschaffen. Ihre Pläne zu Steuersenkungen führen dazu, dass Kommunen weniger Geld für dringend nötige Investitionen zur Verfügung haben. Bei Schwarz/Gelb gilt noch immer die Maxime: Privat vor Staat. Dies gefährdet eine gute kommunale Daseinsvorsorge und behindert die notwendige Weiterentwicklung kommunaler Unternehmen.

Unser Ziel: Wir bleiben die Kommunalpartei, die für eine gute Finanzausstattung der Kommunen sorgt, die Daseinsvorsorge sichert und lokale Handlungsmöglichkeiten erweitert. Wir wollen die Gewerbesteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen erhalten. Wenn der Bund den Kommunen neue Aufgaben auferlegt, muss er ihnen auch die Finanzen zur Verfügung stellen. Wir werden uns mit den Ländern dafür einsetzen, dass Kommunen in extremer Haushaltsnotlage wieder eigenständige Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Wir setzen uns weiterhin für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen ein. Wir wollen helfen, dass strukturschwache Regionen, egal ob städtisch oder ländlich geprägt, in ihren Stärken gefördert und bei der Bewältigung des Strukturwandels unterstützt werden.